

„Politischer Dialog“ der CDU-Fraktion des Regionalverbandes Stuttgart

POLITISCHE GESPRÄCHE EINER DELEGATION DER CDU-FRAKTION DES REGIONALVERBANDES STUTTGART, ZAGREB, 20. bis 23. Juni 2013

Vom 20. bis zum 23. Juni 2013 hielt sich eine Delegation des Regionalverbandes Stuttgart zu Informationszwecken in Zagreb auf. Im Rahmen des Aufenthalts wurden von der Konrad-Adenauer-Stiftung zahlreiche Gespräche, unter anderem mit dem KAS Büroleiter, zahlreichen hochrangigen kroatischen Politikerinnen und Politikern, dem deutschen Botschafter sowie Vertretern der deutschen Wirtschaft und der Delegation der Europäischen Kommission in Kroatien, organisiert.

Nach einem einleitenden Vortrag vom Vertreter der KAS in Kroatien **Dr. Lange** sprach die Finanzministerin a. D. und HDZ-Abgeordnete **Frau Dr. Dalić** mit den CDU Vertretern über die aktuelle Wirtschafts- und Finanzpolitik Kroatiens. Zunächst ging die ehemalige Finanzministerin dabei auf die problematische wirtschaftliche Situation des Landes ein, indem sie darauf verwies, dass sich Kroatien bei dem EU-Beitritt am 1. Juli 2013, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, in den unteren Rängen der Liste der EU-Mitgliedstaaten einordnen würde. Sie erläuterte kurz den langen und schwierigen EU-Beitrittsprozess und bemängelte den Umstand, dass sich Kroatien nun schon im fünften Jahr einer Wirtschaftskrise befände und von der aktuellen Regierung kein Ausweg aufgezeigt wird. Im vergangenen Jahr sei die Wirtschaftskraft des Landes ein weiteres Mal um zwei Prozent gesunken und die Prognosen für die Zukunft seien –trotz optimistischer Prognosen der Regierung– weiterhin nicht sehr vielversprechend.

Auch die existierenden Investitionshemmnisse und das daraus resultierende mäßige „Investitionsklima“ würden zu der prekären wirtschaftlichen Lage in Kroatien beitragen. Veränderungen in der kroatischen Wirtschaft und dabei besonders auf dem Arbeitsmarkt und im Investitionssektor seien deshalb zwar dringend notwendig, die kroatische Gesellschaft zeige jedoch generell wenig Bereitschaft die notwendigen Veränderungen vorzunehmen bzw. mitzutragen, so Frau Dalić. Die wirtschaftliche Lage sei auch deshalb problematisch, da viele Industrien von Auslandsinvestitionen abhängig seien oder in Kroatien (noch) gar nicht existierten, wie zum Beispiel die Schwerindustrie.

Des Weiteren vertrat Sie die Auffassung, dass der Privatsektor weiter gestärkt werden und die Privatisierung von (Staats-) Unternehmen weitergehen müsse. Trotzdem würden Reformprozesse nur langsam Ergebnisse zeitigen, zumal die kroatische Wirtschaft in vielen Sektoren nach dem EU-Beitritt auf Neuland stoßen werde. So wurde beispielsweise erst kürzlich auf dem Strommarkt das bisherige Monopol eines staatlichen kroatischen Energieversorgers beendet und ein neuer Anbieter mit wesentlich günstigeren Strompreisen auf dem Markt aktiv. Auf diese Weise kommt auch der kroatische Verbraucher in den Genuss von aus mehr Wettbewerb resultierenden günstigeren Preisen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL LANGE
MAGDALENA KOSCH

Juni 2013

www.kas.de

Die Frage eines Mitglieds der CDU-Delegation, ob es in Kroatien generell schwierig sei, eine Firma zu gründen, verneinte Frau Dalić, betonte aber, dass kroatische Behörden es Investoren aus dem Ausland oftmals absichtlich schwer machen und bürokratische Hürden aufbauen würden, um die eigene Macht zu demonstrieren. Dadurch würden Investoren irritiert bzw. letztlich abgeschreckt.

Ein eher erfolgreicher Sektor sei der Tourismus, wobei dieser seinen (vorläufigen) Höhepunkt wohl erreicht habe und nur noch in Nischen ausbaufähig sei (beispielsweise im Sport-Tourismus oder Angebote für ältere Menschen). In diesem Zusammenhang verwies Frau Dalić auf die gute Verkehrsinfrastruktur des Landes und gab der Hoffnung Ausdruck die EU-Fonds würden in Zukunft auch für den Ausbau des kroatischen Schienennetzes verwendet werden. Positiv sei, dass Kroatien während der Wirtschaftskrise kein Problem mit dem Bankensystem gehabt habe, da sich die großen Banken in Kroatien in Privatbesitz, meist ausländischer Firmen, befänden (beispielsweise ist die UniCredit Bank ein italienisches Finanzdienstleistungsunternehmen, Die Erste und Raiffeisen österreichisch). Der Finanz- und Kapitalmarkt seien aber noch unterentwickelt.

Obwohl Kroatien noch kein Mitglied der EU ist, würde die kroatische Wirtschaft schon heute vom Euro dominiert. So seien 80 Prozent der Geldanlagen in Euro; die Bürger Kroatiens sparten in Euro und nutzten ihn auch im Alltag. Das kroatische Bankensystem sei somit völlig auf den Euro vorbereitet und sei für eine rasche Einführung des Euro. Frau Dalić rechne für die kommenden sechs bis sieben Jahre jedoch nicht mit einer Einführung des Euro in Kroatien, zumal der Kuna eine stabile Währung sei.

Der deutsche Botschafter **Hans Peter Annen** empfing die Delegation dann am Freitag, den 21. Juni in der Deutschen Botschaft in Zagreb. Nach einer kurzen Vorstellung seiner Person sprach er den Ratifikationsprozess an und meinte, dass viele Kroaten über die im Vergleich zu anderen EU-Staaten späte Ratifikation durch Deutschland verwundert gewesen seien. Der EU-

Beitritt Kroatiens sei –so Annen– ein Katalysator für Reformen und deshalb ein Gewinn für das Land, das aufgrund des Krieges in den 1990er Jahren und des über zehn Jahre andauernden EU-Beitrittsprozesses nur wenige Jahre der „Stabilität“ gehabt habe.

Im Vergleich zu anderen Ländern der Region (des ehemaligen Jugoslawien) sei deutlich erkennbar, dass Kroatien viele Fortschritte gemacht habe, so Annen. Der Begriff „Balkan“ habe in Kroatien eher eine negative Konnotation, weshalb Kroaten ihr Land nicht als „Balkanstaat“ bezeichnen würden. Der Beitritt zur EU würde vielmehr als Rückkehr nach Europa angesehen werden.

In Bezug auf die Wirtschaft sprach Herr Annen die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die schlechte Wettbewerbsfähigkeit sowie die geringe Exportquote an. Außerdem sei die Verschuldung mit über 100 Prozent des Bruttonationalproduktes sehr hoch und viele Kroaten würden über ihre Verhältnisse leben, was eine hohe Belastung für die Bevölkerung und den Staat darstelle. Herr Annen betonte zudem, dass (Modernisierungs-) Investitionen insbesondere im Bereich Bildung dringend benötigt würden, zumal in Kroatien ein wachsender „Brain-Drain“ festzustellen sei. Hochqualifizierte Kroaten ziehe es aufgrund besserer Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen zunehmend ins europäische Ausland. Kroatien habe wegen des Krieges die Verlagerungswelle großer deutscher Unternehmen nach Südosteuropa Anfang der 1990er Jahre verpasst und an den wichtigen mittelständischen Unternehmen würde es in Kroatien mangeln. Es sei fatal, dass viele Kroaten (Alt-Sozialisten) weiterhin der Meinung seien, es sei schlecht, wenn sich ausländische Firmen in Kroatien ansiedeln und dabei das Land „ausbeuten“ würden. Vielmehr würden diese Firmen Arbeitsplätze schaffen und der Wirtschaft des Landes wieder eine Perspektive geben (können). Auch Herr Annen teilte die Auffassung seiner Vorrednerin, dass das Investitionsklima in Kroatien schlecht sei.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL LANGE
MAGDALENA KOSCH

Juni 2013

www.kas.de

Auch deutsche Investoren würden (oftmals gezielt) von der Bürokratie behindert werden, obwohl Deutschland einer der größten Investoren und Handelspartner des Landes sei. Trotzdem seien die deutsch-kroatischen Beziehungen eng und der politische Dialog würde regelmäßig fortgeführt.

Herr Annen wies darauf hin, dass die Infrastruktur des Landes gut sei hin und dass Kroatien ein äußerst interessanter Platz für Investitionen in Erneuerbare Energien sei. Dieses Potential müsse genutzt werden und das Fenster dafür wäre –vor allem nach dem Beitritt zur EU – eigentlich vorhanden. Mit dem Beitritt würden Kroatien zudem Mittel aus dem Strukturfonds von rund 11,7 Mrd. Euro zur Verfügung stehen, deren Nutzung und Verwaltung jedoch noch verbessert werden müsse, um diese Mittel für möglichst viele sinnvolle Projekte nutzen zu können. Auch dürften die Reformbestrebungen der Regierung mit dem Beitritt keinesfalls nachlassen, da das Fenster für Veränderungen nicht lange offenstehen werde. Kroatien müsse sich ebenso wie auch Deutschland ständig dem globalen Wettbewerb stellen und Reformen vornehmen.

Auf die Frage eines Mitglieds der CDU-Delegation, ob man in die kroatische Landwirtschaft investieren könne, antwortete der Botschafter, dass man in Kroatien generell Land erwerben könne, viel Land jedoch in Privatbesitz und somit sehr kleinteilig sei. Auch aus diesem Grunde seien kroatische Bauernhöfe beziehungsweise kroatische landwirtschaftliche Produkte auf dem europäischen Markt kaum wettbewerbsfähig. Der Sektor Landwirtschaft berge jedoch ein großes Potential, wenn sich kroatische Bauern spezialisieren und Nischenmärkte bedienen lernten, wie beispielsweise im Bereich Bio-Qualitätsprodukte, da die Qualität der Böden und somit der landwirtschaftlichen Produkte in Kroatien recht hochwertig sei. Die Landwirtschaft werde jedoch unter dem EU Beitritt Kroatiens zu leiden haben, da viele Agrarprodukte aus dem Ausland (beispielsweise Wein) deutlich günstiger angeboten werden können und die kroatischen somit kaum wettbewerbsfähig sein werden. Die Frage, ob Kroatien ein Mittler in der Region (dem ehemaligen Jugoslawien) sein

wolle, bejahte der Deutsche Botschafter. Er wies darauf hin, dass bereits politische Dialoge mit den Nachbarstaaten geführt werden würden und dass Kroatien die Dokumentation der Beitrittsverhandlungen an seine Nachbarn weitergeleitet und sich bereit erklärte habe, als Berater in Beitrittsfragen zur Verfügung zu stehen. Kroatien könne sich außerdem zukünftig für Strukturprojekte in der Region einsetzen und somit auch für die Nachbarstaaten von Nutzen sein.

Im Anschluss an das Gespräch in der Deutschen Botschaft besuchte die Delegation das Büro der Europäischen Kommission in Zagreb und unterhielt sich mit dem deutschen Politikberater **Dr. Martin Mayer**, der schon seit über zehn Jahren als politischer Berichtersteller für die Delegation tätig ist. Zunächst berichtete Dr. Mayer vom Verlauf des kroatischen Beitrittsprozesses, der so langwierig und schwierig gewesen sei, weil die EU schlechte Erfahrungen mit den Erweiterungsprozessen in Südosteuropa (Rumänien und Bulgarien) gemacht habe und deshalb Kroatiens Reformprozesse und Entwicklung strenger beobachtet und begleitet worden ist. Man hofft, dass das Land auch nach dem EU-Beitritt weiterhin Monitoring-Berichte erstatten werde. Insbesondere der Kampf gegen das Alltagsphänomen Korruption stelle eine Hauptschwierigkeit dar. Viele Maßnahmen gegen Korruption seien besonders auf höchster politischer Ebene (Sanader) bereits ergriffen worden, die weiteren Entwicklungen in diesem Bereich würden von der EU jedoch mit Aufmerksamkeit verfolgt. Auch das Justizwesen müsse noch effizienter werden, da die lange Dauer der Ausfertigung und Vollstreckung von Gerichtsurteilen ein erhebliches Problem darstelle. Es bestünde auch weiterhin ein Mangel an Richtern und zu viele Fälle würden vor Gericht gebracht werden, die auch von anderen Behörden bearbeitet werden könnten, was einen enormen Überhang an Gerichtsverfahren zur Folge habe. Ebenso seien die Auswahl der Richter in der Vergangenheit eher intransparent und die Selektion politisch motiviert gewesen. So wurden beispielsweise mit einem Machtwechsel innerhalb der Regierung auch die Verfassungsrichter ausgewechselt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL LANGE
MAGDALENA KOSCH

Juni 2013

www.kas.de

Heute gäbe es festgeschriebene Selektionsverfahren und eine verstärkte Selbstkontrolle; in diesem Bereich seien also durchaus Fortschritte zu verzeichnen. Neben dem Justizwesen müsse auch die Verwaltung effizienter und bürgernaher werden, zumal das adäquate Management der Struktur- und Kohäsionsfonds eine große Herausforderung für Kroatien darstelle. Auch die Sicherung der Außengrenze der EU werde eine Herkulesaufgabe sein, da die Grenze zu Bosnien mit 1.200 Kilometern sehr lang und geografisch nicht einfach sei (Gebirge, Meer, Wälder etc.). Mit dem Beitritt werde der Schengenraum zwar nicht gleich erweitert, die Schengengrenze soll aber nicht endlos zwischen Slowenien und Kroatien verlaufen. Abschließend erklärte Mayer, dass Kroatien mit Unterstützung seiner Partner in Europa schon sehr viel in den Grenzschutz, die dafür benötigte Ausrüstung sowie in die Ausbildung von Grenzschutzbeamten, investiert habe.

In unmittelbarer Nähe zu den Räumlichkeiten der EU Vertretung kam es dann gleich anschließend zu einem Meinungsaustausch in der Zentrale der HDZ. Dort wurde die Delegation vom HDZ-Vorsitzenden und Abgeordneten **Tomislav Karamarko** begrüßt. Dieser drückte seine Freude darüber aus, dass Kroatien bald ein Vollmitglied der EU sein werde und endlich die Rolle des Beobachters hinter sich lasse. Er freue sich auf kommende Projekte und hoffe, dass die deutsch-kroatischen Beziehungen weiterhin freundschaftlich blieben.

Auf die Frage, wie viele Mitglieder die HDZ derzeit ungefähr habe, sagte Herr Karamarko, dass die Mitgliederzahl ca. 200.000 betrage, wobei davon ca. 58 Prozent Frauen seien. Auf eine weitere Frage über die Rolle der Frau in der Partei, wies Karamarko auf diesen hohen Frauenanteil in der Partei hin und erwähnte, dass von den sechs seitens der HDZ (Koalition) zu vergebenen Sitzen im Rahmen der Wahlen zum Europaparlament im April 2013, immerhin vier Frauen ein Mandat errungen haben. Anschließend sprach der Parteivorsitzende noch die Herausforderungen der Zukunft an, wo es vor allem darum gehen werde, die traditionellen christlichen Werte Kroatiens mit den mo-

derneren, europäischen Werten in Einklang zu bringen.

Nach Herrn Karamarko sprach dann der Internationale Sekretär der HDZ und Abgeordneten **Davor Stier** über die politische Lage in Kroatien. Er betonte, dass Kroatien am 1. Juli 2013 ein Neuanfang bevorstünde, auf den es sich gut vorbereitet habe. Er ließ den anspruchsvollen Beitrittsprozess Revue passieren und wies darauf hin, dass Kroatien ohne die Hilfe seiner „politischen Freunde“ in der EU solche schnellen Fortschritte nicht hätte machen können. Auf die Frage, weshalb nur ein geringer Teil der Bevölkerung am Tag der Europawahlen tatsächlich seine Stimme abgegeben habe, antwortete Herr Stier, dass vor allem viele Euroskeptiker ihre Stimme gar nicht erst abgegeben hätten und dass die Wahlalternative wohl nicht ausreichend präsentiert worden wäre. Er sei jedoch zuversichtlich, dass die Wahlbeteiligung an den Europawahlen im kommenden Jahr deutlich höher ausfallen werde, da diese im Mai 2014 in allen Mitgliedstaaten der EU gleichzeitig stattfinden und somit viel Aufmerksamkeit auf sich ziehen werde. Derzeit arbeite die HDZ bereits an einem Wahlprogramm für diese Europawahlen. Der Internationale Sekretär bedauerte dann zwar, dass sich die HDZ derzeit in der Opposition befände, betonte jedoch, dass dies als eine Zeit der Reflexion und für innerparteiliche Verbesserungen und Veränderungen nutzen könne. Auf die Frage, ob Kroatien bereit wäre, die ja erst vor gar nicht allzu langer Zeit, nach einem blutigen Krieg gewonnene Souveränität schon wieder an die Europäische Union abzugeben, sagte Herr Stier, dass dies mit dem Ergebnis des Referendums über den EU-Beitritt beantwortet werden könne, wo immerhin 66 Prozent der Wahlbeteiligten für den EU-Beitritt Kroatiens gestimmt hätten. Auf die Frage, ob Kroatien die Funktion eines Vermittlers in der Region (ehemaliges Jugoslawien) einnehmen wolle, meinte Herr Stier, dass sich die HDZ dafür einsetzen werde, Kroatien zu einer Art Brücke für die anderen südosteuropäischen Beitrittskandidaten zu machen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL LANGE
MAGDALENA KOSCH

Juni 2013

www.kas.de

Die Außenpolitik Kroatiens sei darauf ausgerichtet, eine solche Funktion eines Förderers und Mittlers einzunehmen. Kroatien wolle die Region stabilisieren helfen und den Nachbarstaaten in ihren Beitrittsprozessen beratend und Hilfe leistend zur Seite stehen. So wurde den Nachbarländern etwa der ins Kroatischs übersetzte „Aquis Communautaire“ (Besitzstand der Gemeinschaft) an die Nachbarstaaten kostenfrei weitergegeben, was für diese eine große Hilfe darstelle, da die Sprachen ähnlich seien und es deren Übersetzung vereinfache bzw. erleichtere. Des Weiteren verbesserten sich momentan die bilateralen Beziehungen zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern: Kroatien und Serbien. Es gäbe Kooperationen auf staatlicher Ebene, beispielsweise Handelsabkommen, aber auch ein ziviler und kultureller Austausch würde inzwischen regelmäßig stattfinden.